



Jahresbericht 2007

Inhalt

A. Vorwort des Präsidenten	2
Vorstand	3
Geschäftsstelle	3
B. Égalité – Die Gleichwertigkeit der Menschen als soziales Staatsziel	4
Von Scheininvaliden und Schmarotzern, von Heterophobie und Etabliertenvorrechten – von nützlichen und unnützen Menschen (Erwin Carigiet)	
C. Innovation in der Sozialpolitik	9
Tendenzen und Spannungsfelder (Jean-Pierre Fragnière)	
D. Veranstaltungen der SVSP im Jahr 2007	12
1. Tagung „Integrierte Gesundheitssysteme: Medizinische und soziale Dimensionen“	12
2. Éduquer – mais comment?	13
3. Tagung „Arbeit, soziale Sicherheit und gesellschaftliche Integration“	14
E. Aufnahme in die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW)	15

A. Vorwort des Präsidenten

Liebe Mitglieder

In den vergangenen Jahren ist die Stimmung in unserer Gesellschaft – aber auch in jenen unserer Nachbarländer – von Unsicherheit und wachsender Zukunftsangst geprägt. Gleichzeitig ist der Wohlstand für die Gesellschaft als ganze gewachsen, begleitet aber von einer Prekarisierung wachsender Bevölkerungsschichten: Ökonomistische Prinzipien wie Effizienz und Nützlichkeit werden zunehmend zum beherrschenden Allgemeingut nicht mehr allein in der Wirtschaft, wo sie zu Recht ihren Platz und Ursprung haben, sondern auch in der Gesellschaft und der Politik.

An der letztjährigen Tagung der SVSP „Arbeit, soziale Sicherheit und gesellschaftliche Integration“ haben wir uns eingehend mit diesem Spannungsfeld auseinandergesetzt (ein Kurzbericht zur Tagung findet sich weiter hinten in diesem Jahresbericht). Ich möchte aber auch auf das 2006 unter dem Patronat der SVSP, der deutschen Gesellschaft für sozialen Fortschritt e.V. und der Sektion Sozialpolitik der Deutschen Gesellschaft für Soziologie erschienene Werk „Wohlstand durch Gerechtigkeit, Deutschland und die Schweiz im sozialpolitischen Vergleich“ hinweisen, das wichtige Impulse zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung in diesem die öffentliche Diskussion beherrschenden Thema gegeben hat (Mitglieder können das Buch zu einem Sonderpreis bei der Geschäftsstelle beziehen – www.svsp.ch).¹

Für gewisse Gruppen der Gesellschaft ziehen diese Entwicklungen negative Folgen nach sich: Abwertung des Anderen, z.B. der Menschen mit Behinderungen und der Sozialhilfebeziehenden, Feindseligkeit gegenüber Fremden, z.B. Menschen islamischen Glaubens, Generalverdacht des Missbrauchs bei Schwachen, nicht aber bei den Etablierten (Sozialhelfemissbrauch versus Steuerhinterziehung als Gentlemandelikt), Umkehr der Beweislast für Hilflosigkeit, all diese Abwertungsmentalitäten breiten sich offensichtlich aus oder verringern sich nicht wesentlich und Diskriminierung, z.B. Ungleichbehandlung der Frauen bei der Entlohnung oder Benachteiligung der Schulabgehenden mit Namen aus Ex-Jugoslawien bei der Lehrstellensuche, ist zwar in den Gesetzen, jedoch in der Praxis nicht beseitigt.

Umverteilung ist bei vielen vermehrt zu einem negativ besetzten Begriff geworden, obwohl im Gesamtergebnis in der sozialen Sicherheit überhaupt nicht von oben nach unten, sondern im Gegenteil teilweise sogar von unten nach oben umverteilt wird, was nota bene wissenschaftlich nachgewiesen worden ist.² Man kann geradezu von einer Art „Kampfbegriff“ sprechen, der im Resultat zu einem Kampf gegen die Armen, gegen Schwache oder Randständige, statt zu einem Kampf gegen die Armut führt.

Der vorliegende Jahresbericht widmet sich in zwei Grundsatzbeiträgen diesen Fragestellungen.

Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung und Ihr Interesse im vergangenen Jahr und freue mich auf den im 2008 fortzusetzenden Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis.

In Verbundenheit,

Ihr Erwin Carigiet, Präsident

¹ Erwin Carigiet, Ueli Mäder, Michael Opielka, Frank Schulz-Nieswandt, Herausgeber

² kilian Künzi, Markus Schärer, Wer zahlt für die soziale Sicherheit und wer profitiert davon? Eine Analyse der Sozialtransfers in der Schweiz, Zürich/Chur 2004.

Vorstand

Der Vorstand des SVSP ist ehrenamtlich tätig. Mit grossen Einsatz und viel Idealismus setzen sich die Vorstandsmitglieder ein, dass jährlich ein anregendes und vielfältiges Programm angeboten werden kann. Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen herzlich dafür.

Name/Vorname	Funktion und Tätigkeit
Bonvin Jean-Michel, Dr.	Professor, HES-SO, Ecole d'études sociales et pédagogiques, Lausanne
Carigiet Erwin, Dr. iur. (Präsident)	Departementssekretär, Gesundheits- und Umweltdepartement der Stadt Zürich, Zürich
Dummermuth Andreas, lic. iur	Direktor, Ausgleichskasse Schwyz, Schwyz
Fragnière Jean-Pierre, Dr. (Vize-Präsident)	Professor emerit., Université de Genève, Professor und wissenschaftlicher Direktor INAG
Kaegi Urs, lic. phil I	Professor, Fachhochschule Nordwestschweiz, Leiter, Institut Sozialplanung und Stadtentwicklung, Basel
Latzel Günther, Dr.rer.publ.	Brains wissenschaftliche Beratung, Zürich
Meschberger-Weiss Regula, lic. iur.	Mitglied der Schulleitung Primarschule Birsfelden, Landrätin Kanton Baselland
Nova Colette, lic. iur	Geschäftsleitende Sekretärin, Schweiz. Gewerkschaftsbund, Bern
Ryser Simon, Dr. iur.	Vertreter AGILE
Schiavi Rita	Mitglied der Geschäftsleitung Unia, Basel
Wächter Matthias, Dr. sc. nat.	Persönlicher Mitarbeiter der Vorsitzenden der Geschäftsleitung, SRK Kanton Zürich
Zogg Claudio, lic.iur.	Stellvertretender Direktor, Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV, Zürich

Geschäftsstelle

Nicht zuletzt dank der Professionalität der Mitarbeitenden der Geschäftsstelle konnten die für 2007 gesetzten Ziele erreicht werden. Ich danke den Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle für das begeisternde Engagement und freudige Mitwirken.

Name/Vorname	Funktion bei der SVSP
Knupfer Caroline, lic. ès sciences sociales	Geschäftsführerin
Lazecki-Werlen Andrea	Buchhaltung und Mitgliederverwaltung
Zwygart Denise	Stellvertretende Geschäftsführerin, Sekretariat

B. Égalité – Die Gleichwertigkeit der Menschen als soziales Staatsziel

Von Scheininvaliden und Schmarotzern, von Heterophobie³ und Etabliertenvorrechten – von nützlichen und unnützen Menschen

„Es ist nicht die Tatsache, dass es Reiche und Arme gibt, die egalitaristische Konzepte auf den Plan ruft, sondern die Tatsache, dass die Reichen die Armen aussaugen, dass sie sie in ihre Armut hineinzwingen und dass sie ihnen Unterwürfigkeit und Demut abverlangen.“ (Michael Walzer, *Sphären der Gerechtigkeit, Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit*, Frankfurt a.M./New York 1994, S. 18)

Soziale Sicherheit ist eine zivilisatorische Errungenschaft und bedeutet, dass für wirtschaftlich und bildungsmässig benachteiligte Menschen im Rahmen der Sozialpolitik über die Sozialversicherungen, die sozialen Entschädigungen⁴ und die Sozialhilfe weit hinausgehende Massnahmen getroffen werden.⁵ Es sind dies zum Beispiel eine Arbeitsmarktpolitik, welche die Veränderungen der Arbeitswelt und in der Demographie berücksichtigt, der soziale Wohnungsbau, ein starkes öffentliches Bildungswesen, ein allen offen stehendes Gesundheitswesen, eine ausgleichende Steuerpolitik usw.

So kann unter Sozialpolitik die Gesamtheit aller gesetzgeberischen Massnahmen des Staates verstanden werden, welche sozialpolitische Zielsetzungen verwirklichen sollen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Ideen

- der Überwindung von Not und Armut und
- der Gleichwertigkeit der Menschen.

Es versteht sich, dass diese vielschichtigen Begriffe differenziert konkretisiert und auch gewichtet werden müssen. Gerade die Gewichtung bestimmt die Qualität. So zeigen die aktuellen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern einer vermehrt bedarfsmässig aufgebauten sozialen Sicherheit und ausgebaute Kontrolle bei der Leistungszusprechung einerseits und den Befürwortern des Primats der Sozialversicherungen gegenüber der Sozialhilfe andererseits die Bedeutung der *Begriffsfüllung*. Diese Diskussionen weisen darauf hin, dass es zur Gewährleistung einer vom Leitsatz der Menschenwürde geprägten Lebensqualität mit einer rein ökonomisch verstandenen Sozialpolitik nicht getan ist.

³ Unter Heterophobie wird die Angst vor dem „Anderssein“ und die damit zusammen hängenden Abwertungen verstanden. Beispiele von Heterophobie sind

- Ekel und Abwertung von Obdachlosen und ihre „Entfernung“ aus dem öffentlichen Raum,
- Abwertung von Menschen mit Behinderungen, die sich beispielweise in Äusserungen wie „für „Behinderte wird zu viel Aufwand betrieben“ manifestiert,
- Homophobie, Angst und Abwertung von schwulen Menschen (vgl. Roland Kirchbach, Schwulsein heute – ganz normal? Homosexuelle haben Erfolg in Kultur und Politik. Sie prägen ganze Branchen und Stadtviertel. Aber zugleich wächst der Hass auf sie, in: Die Zeit vom 21.6.2007, Hamburg).

Quelle (mit Hinweisen zu entsprechenden wissenschaftlichen Erkenntnissen:

<http://www.uni-bielefeld.de/ikg/Feindseligkeit/Heterophobie.html> (Stand: 22.2.2008).

⁴ Z.B. Ergänzungsleistungen zur AHV/IV.

⁵ Vgl. Erwin Carigiet, *Gesellschaftliche Solidarität, Prinzipien, Perspektiven und Weiterentwicklung der sozialen Sicherheit*, Zürich 2001, S. 39 ff.

Monetäre⁶ Ausgleichsmechanismen, die sich an einer nur auf das *nackte Überleben* ausgerichteten Haltung orientieren, führen mittel- bis langfristig zu gesellschaftlichen Spannungen.⁷ Vor bald 20 Jahren ist dies konzis und noch immer gültig formuliert worden:

„Die sozialtechnische Haltung zur Armut prägt sich in verschiedenen Formen aus. Eine extrem strukturkonservative Auffassung behauptet, dass jede Gesellschaft für ihre Funktionsfähigkeit die Existenz armer Bevölkerungsgruppen brauche. Dies sei in der Menschheitsgeschichte schon immer so gewesen und werde – oder gar müsse – auch in Zukunft so sein. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen ‚Mechanismen‘ könnten nicht ohne Randgruppen, ‚Outsiders‘ ablaufen. Tiefenpsychologisch gedeutet sei der Mensch so konstituiert, dass er sich mit anderen vergleiche und zur Erhaltung seines Selbstwertgefühls auf andere herabblicken könne.

Auch aus einer rein machtpolitischen Sichtweise spielen solche, ‚Mechanismen‘ eine bedeutende Rolle; sie sind jedoch nicht ein für allemal festgelegt oder naturgebunden, sondern können unter bestimmten Bedingungen verändert werden, allerdings ausschliesslich nur durch das Organisieren von Macht. Ein Problem besteht nur dann, wenn es zu Machtauseinandersetzungen kommt. Das Problem der Armut existiert also schlechterdings nicht, wenn die Armen keine Lobby haben. Wollte man die Armut bekämpfen und aus der Welt schaffen, müsste man sie zuerst zum Problem, das heisst zum machtpolitischen Faktor machen. Eine Lobby der Armen wäre zu organisieren – ein Ziel, das meines Erachtens auch auf Grund des Menschenrechtsansatzes anzustreben ist, das sich aber rein machtpolitisch weder begründen noch verfolgen lässt.

Eine dritte Form der sozialtechnischen Haltung besteht darin, dass das Armutsproblem zerredet wird. In pseudowissenschaftlicher Manier werden unzählige Einzelbeobachtungen, Details, ‚Relativierungen‘ und ‚Differenzierungen‘ aufeinandergehäuft, damit man und so dass man vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht. Auf diese Weise werden aus einer halben Million Menschen, die in der Schweiz von der Armut betroffen sind ‚manche Personen, die in knappen Verhältnissen leben‘. Die wenigen Fälle können dann einzeln behandelt und auf die vielgeschmähte Giesskanne kann einmal mehr verzichtet werden. Wenn sich aber die angeblich seltenen Fälle doch als viel zahlreicher erweisen sollten, müsste – was selbstverständlich verschwiegen wird – der sozialtechnische Aufwand ins Unermessliche steigen.⁸

Diese Sichtweisen, die zu Recht als *sozialtechnische Haltungen apostrophiert* werden, betrachten Existenzsicherung, sozialen Ausgleich und Chancengleichheit lediglich als quasi wertneutrale Phänomene oder Ziele. Selbstverständlich stellen auch diese eine Werthaltung dar. Dahinter steckt eine Art von *Sozialdarwinismus*, der den Untüchtigen eine gewisse Schuld für ihre *Leistungsschwäche* zuweist. Zwar wird davon gesprochen, dass es die Pflicht des Staates sei, sich um die Armen zu kümmern, sie zu *versorgen*.

Diese *Versorgungshaltung* genügt jedoch nicht. Sie vernachlässigt den Grundwert der sozialen Gleichwertigkeit der Menschen, an dem sich

- die Forderungen nach dem Abbau von Wohlstandsdifferenzen und
- nach der Gewährleistung von Chancengleichheit für alle Menschen orientieren.

⁶ Vgl. CHSS 1997 S. 10 f.

⁷ Ist die soziale Sicherheit nicht gewährleistet, leidet – nebst dem Einzelnen in seiner wirtschaftlichen und sonstigen Not – die Gesellschaft als ganze und wird destabilisiert. Vgl. Hans F. Zacher, Soziale Indikatoren als politisches und rechtliches Problem, in: ders., Abhandlungen zum Sozialrecht, hrsg. Von Bernd Baron von Maydell, Eberhard Eichenhofer, Heidelberg 1993, S. 222.

⁸ Brigitte Buhmann, Georges Enderle, Christian Jäggi, Thomas Mächler, Armut in der reichen Schweiz, Eine verdrängte Wirklichkeit, Zürich/Wiesbaden 1989, S. 150 f.

Im Zweckartikel der neuen Bundesverfassung ist ausdrücklich festgehalten, dass die Schweizerische Eidgenossenschaft für eine möglichst grosse Chancengleichheit unter den Bürgerinnen und Bürgern zu sorgen habe.

Die Grundfrage des Sozialstaats:

- *Wer bekommt was, wie und warum – und auf welche Weise wird es finanziert?*

wird zunehmend polarisierend diskutiert. Verdrängt die Ökonomisierung des Denkens die Frage nach den realen Machtverhältnissen? In der Gesellschaft. Im Arbeitsmarkt. Leistungsfähigkeit im ökonomischen Sinne als einzigen Maßstab für die Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen hinzuzuziehen, überzeugt nicht. Macht findet ihr Gegenstück in der Ohnmacht: Was an Ohnmacht und Demütigung verursachen wir z.B. bei jenen, die der Arbeitsmarkt „nicht will“? Bei den Jungen, den Menschen aus anderen Kulturkreisen und den älteren Arbeitnehmenden?

In Deutschland ist die Frage der gesellschaftlichen Abwertung, die Einstellung der Gesellschaft gegenüber schwachen Gruppen – Fremden, Obdachlosen, Menschen mit Behinderungen, Juden, Schwulen, Langzeitarbeitslosen, etc. – und der Umgang mit Etabliertenvorrechten, also der Bevorzugung Alteingesessener, Gegenstand einer langjährigen wissenschaftlichen Untersuchung unter dem Titel „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“.⁹ Die Hauptergebnisse der Langzeitstudie des Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeyer, Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld seien im Folgenden kurz vorgestellt, da – bis zum Vorliegen entsprechender empirischer Erkenntnisse aus der Schweiz – davon ausgegangen werden kann, dass sie in etwa auch auf die Schweizer Verhältnisse zutreffen. Der gemeinsame Kern des Syndroms der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ist die Ideologie der Ungleichwertigkeit. Das Syndrom wird – was besonders überzeugt mit einem integrierten Ansatz – wie folgt umschrieben:

„Die einzelnen Elemente des Syndroms der Menschenfeindlichkeit, also demonstrativer bzw. verdeckter Abwertung, hängen in unterschiedlich enger Weise zusammen. Dies muss betont werden, weil dadurch deutlich wird, dass erstens die Vergiftung einer liberalen Atmosphäre an verschiedenen Stellen des Syndroms einsetzen und verstärkt werden kann.

Diese 'Vergiftung' kann etwa bei jenen Gruppen ansetzen, die schon 'traditionelle' Opfer sind, wie ethnische oder religiöse Gruppen, aber auch bei denen, die etwa neuerdings aufgrund von Kapitalinteressen oder aus anderen Gründen verstärkt aus öffentlichen Räumen vertrieben werden, wie z.B. Obdachlose.

In einem 'vergifteten' Klima ist besonders darauf hinzuweisen, dass feindselige Einstellungen auf weitere, bisher noch nicht diskriminierte soziale oder kulturelle Gruppen ausgeweitet werden können. Abwertende Einstellungen können sozusagen überspringen. Wenn z.B. von Eliten eines Landes Ideologien der Ungleichwertigkeit offen vertreten werden, so stellt das eine gefährliche 'Chance' für ein solches Überspringen dar.

Drittens gibt es Formen der Verschleierung von abwertenden Einstellungen, in denen, vornehm verdeckt und politisch korrekt, von den Befragten etwa 'nur' Etabliertenvorrechte reklamiert werden. Dahinter verbirgt sich aber eine massive Verletzung von Gleichheitsgrundsätzen. Diese Verletzung kann jederzeit mit ethnisch oder religiös fundierten Argumenten zu konkreten Abwertungen bestimmter Gruppen 'zugespielt' werden. Das vom jeweiligen 'Klima der Vergiftung',

⁹ Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folgen 1 – 5, Frankfurt a.M. jährlich 2002 - 2007

oder der Bereitschaft von gesellschaftlichen Eliten abhängig, menschenfeindliche Einstellungen in der Bevölkerung zu mobilisieren.“¹⁰

Bemerkenswert an den deutschen Untersuchungen ist die Erkenntnis, dass, wer Vorurteile hat, dazu neigt, die Schuld dafür den Adressaten aufzubürden (z.B. „Muslime sind selbst schuld, wenn man etwas gegen sie hat.“) So entledigt man sich elegant der eigenen Vorurteile. Dies erklärt vielleicht, warum sich die Öffentlichkeit so begierig auf einzelne Mitglieder von Opfergruppen stürzt, die sich in ihren Augen fehl verhält. Die Beschuldigung rechtfertigt das Urteil, was ohnehin schon vorher da war und entlässt die Beteiligten aus der Schuld, „schlecht über andere zu urteilen“.

„Schuldzuweisung und Vorurteile können ein Bündnis eingehen, das eine Spirale der Abwertung und Diskriminierung in Gang setzt. Es ist eine Diskussion darüber angezeigt, mit welchen Mechanismen eine Gesellschaft feindselige Mentalitäten aufrechterhält und sich gegen den Vorwurf feindselig zu sein, immunisiert. Das aktuelle ‚Abarbeiten‘ an den Muslimen bietet hierfür reichlich Stoff. Eine Verkehrung von Beweislasten und subtile Generalverdächtigungen gehören auch dazu. Es ist leicht, ständig darauf zu verweisen, wer sich falsch verhält oder sich besser zu integrieren habe. Viel unangenehmer ist es, sich zu fragen, ob nicht dieser ständige Verweis auf die Fehler der anderen von den eigenen Vorurteilen ablenkt, sie sogar als gerechtfertigte Urteile erscheinen lässt.“¹¹

Die letztjährige in der Schweiz heftig geführte Diskussion rund um den Missbrauch in der Sozialhilfe oder in der Invalidenversicherung hat doch ganz ähnliche Mechanismen gezeigt. Missbrauchsfälle, die stattgefunden haben, wurden zum Anlass genommen,

- nicht nur Anpassungen im System der Leistungsausrichtung und -kontrolle vorzunehmen (darüber kann und soll eine Gesellschaft durchaus diskutieren und entscheiden),
- sondern die Menschen, die sich – aus welchen Gründen auch immer – die Existenz nicht aus eigenem Arbeitsverdienst zu sichern vermögen, generell auch dem schwerwiegenden Verdacht des Schmarotzertums oder der Leistungerschleichung auszusetzen, damit also ganze Gruppen der Gesellschaft zu stigmatisieren und in ihrem Wert herunterzusetzen. Dabei wird gleichzeitig (zu Recht) eine Integrationsleistung verlangt und (zu Unrecht) ein moralisch bedeutsamer Generalverdacht ausgesprochen.

Vielleicht muss sich die Wissenschaft (und auch die Politik) den Vorwurf gefallen lassen, gewisse Entwicklungen nicht hinreichend untersucht, wahrgenommen und entsprechende Massnahmen vorgeschlagen und beschlossen zu haben – zum Beispiel die Frage des Staatsverständnisses gewisser Einwanderersegmente und das damit verbundene Verhalten gegenüber Systemen der sozialen Sicherheit oder die Frage der Gewaltbereitschaft Jugendlicher aus anderen Kulturkreisen, aber auch in der Jugend generell (Phänomen des Kampftrinkens usw.). Die Jugendgewalt kann dabei durchaus als einer der Gradmesser des gesellschaftlichen Zerfalls verstanden werden, worauf in diesem Kontext nicht näher eingegangen werden kann.

Aber auch das Verhalten der eigenen Bevölkerung gegenüber den Fremden, also den legalen und illegalen Einwanderern und Einwanderinnen bedarf der sorgfältigen Beachtung, insbesondere die Frage, ob die immer deutlicher ausgesprochenen „Vorrechte der Alteingesessenen“ wirklich so bestehen sollen, wie dies zunehmend gefordert wird. Gemäss den deutschen Erhebungen haben immerhin gute 40 % der Bevölkerung gefunden, dass diejenigen, die schon immer hier leben,

¹⁰ <http://www.uni-bielefeld.de/ikg/Feindseligkeit/Aeusserungsformen.html> (Stand: 22.2.2008).

¹¹ Andreas Zick und Beate Küpper aus dem Bielefelder Forschungsteam: <http://www.uni-bielefeld.de/ikg/Feindseligkeit/Ergebnisse-Schuldumkehr-2004.pdf> (Stand: 22.2.2008).

mehr Rechte haben sollen als solche, die später zugezogen sind. Über 60% haben sich dafür ausgesprochen, dass, wer neu ist, sich erst mal mit weniger zufrieden geben soll.¹² Von einer ähnlichen Haltung zeugt wohl die Forderung, straffällig gewordene Schweizer mit einem Immigrationshintergrund in ihr ursprüngliches Heimatland zurückzuschicken.

Sind oder waren wir vielleicht zu „sensibel“, uns mit gewissen Phänomenen wissenschaftlich und politisch auseinanderzusetzen? In Deutschland finden immerhin 10,5% der Bevölkerung, dass ein moralisches Verhalten voll und ganz ein Luxus sei, den wir uns nicht mehr erlauben könnten; 15,3% stimmten dieser Aussage teilweise zu. „Menschen, die wenig nützlich sind, kann sich keine Gesellschaft leisten.“ Dieser Aussage stimmten 14,4% voll und ganz, 18,9% eher zu. „Wir nehmen in unserer Gesellschaft zu viel Rücksicht auf Versager.“ Hier stimmten 16,6% voll und ganz, 23,7% eher zu.¹³ Keine Mehrheit – gewiss (besonders auch, wenn die Schweizer Zahlen tiefer ausfielen). Was bedeutet dies aber für die Zukunft? Weitere Stigmatisierung, Abbau von sozialer Sicherheit für Teile der Gesellschaft?

Aus meiner Sicht ist Sozialpolitik eine *umfassende Strategie zur Teilhabe an der Gesellschaft und nicht allein zur Bewältigung existenzieller Probleme*. Die Gewährleistung von Sicherheit gegenüber den *Wechselfällen des Lebens* ist wichtig, aber nicht das allein Wichtigste. Ebenbürtige Ziele des Sozialstaates sind die Hebung und möglichst gleichmässige *Ausbreitung des Wohlstandes*. Dabei geht es eben um die Teilhabe möglichst vieler Menschen daran. Dies entspricht dem Grundpostulat nach gesellschaftlicher Gleichheit.

Die Umsetzung dieser Teilhabe ist bedeutend komplexer und schwieriger als die reine Garantie eines Existenzminimums. Sie ist weniger eindeutig definierbar. „Diese Ziele leiten sich aus dem ‚der gesamten Sozialbewegung Gemeinsamen‘ her und erweisen sich als zukunfts offen.“¹⁴ Die Perspektive ist eine grundsätzlich optimistische, sie macht klar, „welche fundamentale Funktion der Solidarität als Kohäsionskraft moderner Gesellschaften zukommt.“¹⁵ Der Dreiklang

- der Gewährleistung eines *menschenwürdigen* Existenzminimums,
- des sozialen Ausgleichs und damit auch der Ausbreitung des Wohlstands und
- der Chancengleichheit

stellt gesellschaftliche Solidarität und Zusammenhalt her. Dies ist die Grundvoraussetzung gerechter sozialer Ordnung überhaupt, wie sie sich aus den Leitsätzen der Französischen Revolution – auf der menschenrechtsorientierten, humanitären Basis der Aufklärung – entwickelt hat.¹⁶

Erwin Carigiet, Präsident

¹² <http://www.uni-bielefeld.de/ikg/Feindseligkeit/Etabliertenvorrechte.html>.

¹³ Wilhelm Heitmeyer, Moralisch abwärts im Aufschwung, Nützlichkeit und Effizienz: Dieses Denken ist weitverbreitet und bedroht den Zusammenhalt der Gesellschaft. Ein Forschungsbericht, in: Die Zeit vom 13.12. 2007, Hamburg.

¹⁴ Hans F. Zacher, Das soziale Staatsziel, in: ders. Abhandlungen zum Sozialrecht, hrsg. Von Bernd Baron von Maydell, Eberhard Eichenhofer, Heidelberg 1993, S. 19.

¹⁵ Odilo Noti, Reichweite und Grenzen der Solidarität: Annäherung aus sozialetischer Sicht, in: Sozialalmanach 1999, Existenzsicherung in der Schweiz, hrsg. von Caritas Schweiz, Luzern 1999 S. 167 (mit Hinweis).

¹⁶ ZACHER a.a.O. S. 24.

C. Innovation in der Sozialpolitik

Tendenzen und Spannungsfelder

Die Posaunen der Leistung

Der Leistungskult ist mittlerweile ein abgedroschenes Thema. Dennoch hat er sich in vielen Kreisen breit installiert, die ihre Bereitschaft zu Innovation oder gar Reform in verschiedenen Bereichen der Sozialpolitik und -hilfe erklären. Zu Beginn herrscht ungetrübte Übereinstimmung um die Idee, es „besser zu machen“.

Doch diese wunderbare Einstimmigkeit zerbröckelt, sobald der Gedanke auftaucht, mehr zu tun, mithin die Idee umzusetzen. Ein paar Nachholmassnahmen und technische Korrekturen werden vielleicht geduldet; und es kommt zudem häufig vor, dass diese mit dem Versuch einhergehen, die Ressourcen, wenn nicht gar die Leistungen, zu reduzieren. Dieser Ruf nach Veränderung wird meistens mit dem Wunsch gerechtfertigt, Fehler, Unangemessenheiten, Funktionsstörungen und Stigmatisierung von ein paar aufgebauchten Missbräuchen aufzuzeigen.

Warum überhaupt Veränderung?

Diese elementare Frage drängt sich auf. Die Anhänger der Konsolidierung und Weiterentwicklung der Sozialpolitik haben nicht bis zum letzten Jahrzehnt zugewartet, um auf Schwächen dieser seit bald einem Jahrhundert umgesetzten Politik hinzuweisen: Es wurde die Ineffizienz gewisser Massnahmen festgestellt, es wurden die Schwierigkeiten, die den für die Mittellosesten bestimmten Aktivitäten inhärent sind, erkannt. Es wurde auf Situationen aufmerksam gemacht, in denen eine eigentliche umgekehrte Solidarität auftaucht, die Solidarität der Begüterten, die sich stärker konsolidiert als die der Benachteiligten. Und es wurden auch einige „Missbräuche“ in allen Bezügerkategorien festgestellt, das stimmt.

Vor allem aber musste festgestellt werden, dass die traditionellen Sozialversicherungen in erster Linie die Einkommen über dem Minimum oder über dem Durchschnitt schützen. Diese Gruppen beherrschen das öffentliche Leben und schaffen es, ihre Standpunkte und ihre Interessen der öffentlichen Gewalt aufzuzwingen. Zahlreiche Ökonomen nennen das den „Matthäus-Effekt“ nach den Bibelworten: „Denn wer da hat, dem wird gegeben werden, und er wird die Fülle haben; wer aber nicht hat, dem wird auch, was er hat, genommen werden.“ *Matthäus, 25, 19.*

Es sieht böse aus

Die Sache sieht böser aus, wenn wir uns mit den Einzelheiten befassen. Zunächst entdecken wir eine Überbewertung der quantitativen Dimension der Erscheinungen. Alles, was „messbar“ ist, wird entscheidend wichtig; und was es weniger ist, droht in Vergessenheit zu geraten. Es ist einfacher, die Zahl der durchgeführten Besuche in einem Excel-Sheet einzutragen als die Intensität des Leidens der KlientInnen oder den Verlust an Selbstwertgefühl nach einer Absage, oder sogar ganze Bevölkerungsgruppen daraus zu streichen. Was das bedeutet, ist nicht harmlos: Junge und Alte beiseite schieben, in die Minderwertigkeit stossen ist unvereinbar mit der Demokratie, denn diese ist krank, wenn eine Gesellschaft einen wichtigen Teil ihrer Realität vor sich selbst versteckt.

Die Manipulation mit der Langfristigkeit

Dass es wichtig ist, die gesellschaftlichen Probleme frühzeitig wahrzunehmen, ist bekannt und anerkannt. Die Auswirkungen veränderter Lebensweisen auf die Zukunft der sozialen Sicherheit wurden aufgezeigt. In der Praxis sind die Auseinandersetzungen zu den mittel- und langfristigen Perspektiven der sozialpolitischen Massnahmen oft „erbärmlich“, auf jeden Fall zu verkürzt. Wer kümmert sich darum, die Auswirkungen der Verarmung eines grossen Teils der alternden Bevölkerung zu messen? Wer beurteilt die Folgen der Verunsicherung und der Angst der Menschen, denen man eine düstere und verbaute Zukunft in Aussicht stellt? Und wer weiss ernsthaft, was 2040 geschehen wird? Wie viel Frustration und Verzicht wird heute im Namen

dieser finsternen Zukunft den Verletzlichsten aufgezwungen mit allzu oft oberflächlichen Argumenten?

Vergessen gegangene Solidarität?

Verkrampfen wir uns nicht auf den Satz Alfred Fouilléés (1905): „Eigentlich ist die Solidarität, genau so wie Gleichberechtigung, paradox: Niemand glaubt daran, alle wollen sie.“

Die Solidarität ist ein wesentliches Element der Aktionen, oder auch der Kämpfe, die zur Einführung der Sozialpolitik geführt haben. Man kann den Solidaritätsgrad in der AHV messen und mit jenem der beruflichen Vorsorge vergleichen. Doch die Solidarität ist mehr: eine Lebenswahl, eine Gesellschaftswahl, eine wesentliche Dimension der gesellschaftlichen Beziehungen. Daher die politische Wahl: Vergessen oder Verachten dieser „Variablen“. Wie kann diese zentrale Realität aber eingeschätzt und gemessen werden?

Die Perversion des Sprachgebrauchs

Wir müssen aufmerksam sein gegenüber den Begriffen, die im öffentlichen Diskurs um sich greifen. Sie beleuchten und illustrieren viele im Gang befindliche Veränderungen. Erinnern wir uns! Franz Fanon hat den Graben zwischen zwei Begriffen/Definitionen aufgezeigt:

„Entwicklungsländer“ und „Ausgebeutete, beherrschte Länder mit verzerrter Wirtschaft“. Anderswo hat man das Konzept „Jugendliche in Schwierigkeiten“ erfunden, heute ist das zu „Asoziale“ und dann „Gesindel“ geworden.

In vielen Texten ist der Arbeitslose ein „Klient“, die verstossene alleinerziehende Mutter von drei Kindern eine „Benutzerin“. Um nicht erklären zu müssen, weshalb ein Mitarbeiter in einem Unternehmen den Kram hingeschmissen hat, sagt man er wolle „neue Herausforderungen annehmen“. Ganz zu schweigen von den „Sanierungs“- und „Abspeck“-Massnahmen... Achtung vor der Verwendung von solchen inakzeptablen Ausdrücken; hinter diesem verdeckten Wortkrieg lauern Dornenbüsche auf dem Weg der sozialen Tätigkeit.

Feststellungen und Behauptungen

Heute sind wir gefordert, die zusammenfassenden Ergebnisse der Tripartiten Debatten in der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) im Gedächtnis zu behalten: Sie weisen uns darauf hin, dass wir zuerst einen neuen Konsens über die Ziele der sozialen Sicherheit in diesem beginnenden 21. Jahrtausend finden müssen, und dieser Konsens sollte sich in erster Linie auf die Art der Gesellschaft beziehen, in der wir leben möchten. Dies ist die Aufgabe, die wir ernsthaft in Angriff nehmen müssen, sowohl im Bereich der sozialen Sicherheit als auch auf anderen Gebieten.

Kürzlich (2007) entwarf die Generalversammlung des *Weltforums für soziale Sicherheit* in Moskau Handlungsrichtlinien. Sie rief dazu auf, ein Konzept der sozialen Sicherheit zu entwickeln, das der Prävention einen hohen Stellenwert beimisst. Das Gewicht muss auf die Risikominderung gelegt werden statt auf den Umgang mit den Konsequenzen, nachdem das Unglück zugeschlagen hat.

Perspektiven

Allzu viele Urheber von dringlichen Aufrufen zur Neugestaltung der Sozialpolitik hüllen sich in das Gewand der Modernität, die seltsamerweise automatisch mit Effizienz verbunden wird. Wie wenn diese gleichbedeutend mit Fortschritt oder besseren Lebensbedingungen für alle sein könnte. Es handelt sich dabei um einen „alten Glauben“, wonach Ungleichheiten und Armut mit Hilfe von aufeinander folgenden und kumulierten Massnahmen beseitigt werden können. Dabei wird verschwiegen, dass diese beiden „Unordnungen“ von den Kräften der ökonomischen Entwicklung selbst produziert und reproduziert werden. Es reicht nicht, dem Tintenfisch die Fangarme abzuhacken, denn diese wachsen nach, und meist rascher als man denkt.

Kurz gesagt geht es nicht darum, in einen ungesunden und demobilisierenden Pessimismus zu verfallen. Wir haben die Ressourcen und die Mittel, um es besser zu machen. Doch gegenüber den zahlreichen Aufrufen zu mehr Effizienz und Leistung ist grösste Wachsamkeit geboten.

Es wurde noch und noch gesagt, die soziale Sicherheit sei ein unschätzbare Wert zur Wahrung eines zufrieden stellenden sozialen Gleichgewichts in unseren sich wandelnden Gesellschaften. Das künftige Handeln kann sich von folgenden Satz Guy Perrins inspirieren lassen: „Wenn die Reform der sozialen Sicherheit rechtzeitig, bewusst und überzeugt, geordnet und kontinuierlich, gestützt auf die Kenntnis der Entwicklungen und eine zukunfts offene Reflexion an die Hand genommen wird, ist die soziale Sicherheit nicht nur in der Lage, die vorhersehbaren Schwierigkeiten zu lösen, sondern auch fähig, den sozialen Schutz tief greifend zu erneuern, wie es uns die Erfahrung aus früheren Krisen lehrt.“

Es steht viel auf dem Spiel. Dabei ist von grösster Bedeutung, die von Jacques Julliard kritisierten Fehlentwicklungen und Auswüchse zu verhindern: „In ihrer Berechnung der wirtschaftlichen Rentabilität haben die Herren des Liberalismus nur einen Faktor vergessen: den Preis des Bürgerkriegs. Der Neoliberalismus ist in Wirklichkeit so alt wie die Erniedrigung der Menschen. Sein Grundsatz ist nicht Würde, sondern Beistand, nicht Solidarität, sondern Volksküche.“

Die „Charta“ der *Schweizerischen Vereinigung für Sozialpolitik* eröffnet eine klare und realistische Perspektive (Positionspapier vom Februar 2005, vgl. www.svsp.ch Griff: SVSP, Grundlagenpapier): „Sozialpolitik beschränkt sich nicht auf den Bereich ‚Sozialpolitik‘. Die Ursachen (und Lösungen) sozialer Probleme finden sich in allen Politikbereichen. Die beste Politik (auch Wirtschaftspolitik) ist die, die vorbeugend dafür sorgt, dass die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen sozialverträglich ablaufen.“

Jean-Pierre Fragnière, Vizepräsident

D. Veranstaltungen der SVSP im Jahr 2007

1. Tagung „Integrierte Gesundheitssysteme: Medizinische und soziale Dimensionen“

mit Generalversammlung am 5. Juli 2007 in Zürich

Am 7. Zürcher Geriatrieforum Waid, das wiederum zusammen mit dem Gesundheits- und Umweltdepartement der Stadt Zürich, dem Universitären Institut Alter und Generationen (INAG) und der Schweizerischen Fachgesellschaft für Geriatrie (SFGG) organisiert worden ist, sind in Fortsetzung der Veranstaltung des Vorjahres wichtige Fragen zur "Integrated Care" aufgegriffen worden. Die Tagung mit den ReferentInnen aus dem In- und Ausland war gut besucht und die Resonanz auf die Präsentationen war ausgesprochen positiv.

Clarissa Kurscheid, eine der kompetenten Referentinnen unserer Tagung, hat wichtige Grundfragen wie folgt skizziert (Tagungsdokumentation S. 8):

„Das Thema neue Versorgungsformen ist in den letzten Jahren immer stärker in den Fokus der Gesundheitspolitik in Europa gerückt. Damit wurde ein Weg eingeschlagen, der wegführte von der bis dato vorherrschenden kostendämpfungs- hin zu einer strukturgestaltenden Politik. Dies resultiert aus dem Bewusstsein begrenzter ökonomischer Ressourcen, aber auch aus der Wahrnehmung des stattfindenden sozialen Wandels, welcher mit veränderten Krankheitsbildern und Versorgungssituationen einhergeht.

Innerhalb der „neuen Versorgungsformen“ haben sich viele größtenteils ganz verschiedene Modelle heraus gebildet, die als Pilotprojekte mehr oder weniger erfolgreich in den verschiedenen Gesundheitswesen in vielen europäischen und außereuropäischen Ländern erprobt und zum Teil implementiert werden. Viele von diesen Projekten werden integrierte Versorgung genannt. Dabei ist nicht bei allen von ihnen klar, ob sie stärker einem integrativen Versorgungsansatz folgen oder doch Teilsysteme innerhalb der bestehenden Sektoren bilden.

So ist es eingängig, dass Vernetzung und integrierte Versorgung inzwischen im Gesundheitswesen zu den meistgenutzten Begriffen mutiert sind. Dennoch ist nicht immer alles Integrationsversorgung auch wenn es so betitelt wird. Gleichzeitig eröffnet Integrationsversorgung mannigfache Möglichkeiten, neue Wege im Umgang mit Patienten und auch neue Formen der Partnerschaft einzugehen wie sie so im Gesundheitswesen nicht immer üblich sind.

Die Integrationsversorgung wird unter Experten als sektorenübergreifend und interdisziplinär definiert. Dies aber sind Herausforderungen für ein System, welches weniger über funktionierende Teams als mehr über herausragende Einzelleistungen arbeitet. Unter Berücksichtigung verschiedener Kernbereiche, wie beispielsweise der gewandelte Umgang mit den Patienten, Aufbau- und Ablauforganisationen im medizinischen System, inter- und auch intraprofessionelle Kommunikationskultur und natürlich der neue Weg über stärkere Kooperationen und Partnerschaften, wie er innerhalb integrativer Systeme möglich ist, stellt sich die Frage: Wie sind die Möglichkeiten zur Entwicklung von Integrationsversorgung und wo sind Hürden und Grenzen? Dies ist insbesondere betrachtungswürdig, weil es sich hier um ein historisch gewachsenes System handelt, dessen Selbstverständnis anders geprägt ist, als es integrative Strukturen erfordern. Weiterhin sollen Organisationsabläufe, Netzwerkmanagement aber auch Formen von lateraler Integration, im Sinne einer Partnerschaft von Industrie und Akteuren im Gesundheitswesen betrachtet werden.

Der Blick wird dabei aber nicht ausschließlich auf der Praxis ruhen, sondern vielmehr sollen typische Hindernisse und Probleme aufgezeigt werden. Dies hat allein aus dem Grunde hohe Relevanz, da die meisten Projekte und Modelle noch in ihrer Entwicklungsphase stecken und oftmals noch nicht den Reifegrad besitzen, wie es von den Akteuren gewünscht wird.“

Die Tagungsdokumentation (18 Seiten) kann von der Webseite der SVSP (www.svsp.ch – „Publikationen“ anklicken) heruntergeladen werden.

Es freut mich sehr, dass wir an der gleichzeitig stattgefundenen Jahresversammlung ein neues engagiertes Vorstandsmitglied gewinnen konnten: Matthias Wächter, ein ausgewiesener Fachmann für Fragen der sozialen Sicherheit, Persönlicher Mitarbeiter der Vorsitzenden der Geschäftsleitung, SRK Kanton Zürich.

Erwin Carigiet, Präsident

2. Éduquer – mais comment?

Veranstaltung vom 9. November 2007 am Universitätsinstitut Kurt Bösch, Sitten

Nahezu 70 Personen (Forschende, Lehrende, Studierende und Sozialarbeitende) haben an dieser Tagung teilgenommen. Besonders erwähnenswert waren die Beiträge Valérie Hugentoblers (mit ihren Aussagen über den Stand der Forschung im Bereich Jugend und Beziehungen zwischen den Generationen) und Olivier Gallands vom französischen CNRS (mit der Präsentation einer Soziologie der Jugend, die eine im Vergleich zur Situation in der Schweiz notwendige Dezentralisation ermöglicht). Die vier Workshops erlaubten es den Teilnehmenden, mit Fachleuten über Fragen aus ihrem Arbeitsfeld zu diskutieren: Gender, Schule, soziale und berufliche Integration und Justiz. Die Teilnehmenden waren sehr zufrieden mit dem Ablauf der Tagung, die ihre Ziele voll erreicht hat: Präsentation der Forschung in diesem Bereich und erfolgreicher Dialog zwischen Forschenden und Berufsleuten aus der Praxis.

Jean-Michel Bonvin, Vorstandsmitglied

3. Tagung „Arbeit, soziale Sicherheit und gesellschaftliche Integration“

Jahrestagung der Schweizerischen Vereinigung für Sozialpolitik am 19. November 2007 in Olten

Über die Bedeutung der Erwerbsarbeit für die gesellschaftliche Integration wird derzeit heftig debattiert. Die Schweizerische Vereinigung für Sozialpolitik hat dies zum Anlass genommen und gemeinsam mit der Hochschule für Soziale Arbeit (Fachhochschule Nordwestschweiz) und dem Schweizerischen Sozialarchiv, Zürich die Tagung „Arbeit, soziale Sicherheit und gesellschaftliche Integration“ durchgeführt.

In der Schweiz haben in den letzten Jahren die atypischen, vom traditionellen Arbeitsrecht abweichenden Beschäftigungsformen deutlich zugenommen. In deren Schlepptau scheinen auch die prekären Arbeitsverhältnisse, die unerwünschte Unsicherheit mit sich bringen, häufiger zu werden, wie eine am 1. November 2006 publizierte Studie im Auftrag des Bundesrates beobachtet hat. Neuere Modelle versuchen einerseits, die Arbeit über neue Anreize besser zu verteilen und andererseits für diejenigen, die trotzdem ohne Erwerbsarbeit bleiben, die finanzielle Sicherheit zu gewährleisten. Jean-Michel Bonvin, Professor für Sozialpolitik, Vorstandsmitglied der SVSP und Referent an der Tagung sieht die Gesellschaft dadurch vor neue Herausforderungen gestellt, wenn

er meint, dass „...die bereits bestehende hohe Flexibilisierung des Arbeitsmarktes in der Schweiz weiter ausgebaut wird, die Reformen im Bereich des sozialen Schutzes, erzeugt durch die wirtschaftliche Unsicherheit, aber noch zu wenig berücksichtigt werden.“

Ohne Erwerbsarbeit: zwangsläufiger Ausschluss aus der Gesellschaft?

Offen bleibt die Frage nach der gesellschaftlichen Integration, denn diese baut in unseren Köpfen stark auf dem Modell der Erwerbsarbeit auf. Werden Menschen ohne Erwerbsarbeit – trotz minimaler finanzieller Sicherheit – weiterhin unter dem Ausschluss aus der Gesellschaft leiden? Wie steht es mit der gesellschaftlichen Stabilität? Kann die finanzielle Grundsicherheit für alle Menschen die Bedeutung der Erwerbsarbeit für die gesellschaftliche Integration ändern? Müssen wir unsere Überzeugungen bezüglich der Bedeutung der Erwerbsarbeit und dem Anreiz, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, grundlegend revidieren?

Flexicurity und Grundeinkommen

An der Tagung, an der über 120 Personen, darunter auch Studierende der Hochschulen für Soziale Arbeit in Olten und St. Gallen teilnahmen, wurde einerseits die Bedeutung der Erwerbsarbeit für die gesellschaftliche Integration diskutiert, insbesondere die Bedeutung der Lohnarbeit vor dem Hintergrund einer Gesellschaft ohne Vollbeschäftigung. Andererseits ermöglichte die Tagung einen Ausblick auf die Bedeutung der Arbeit in der Zukunft: so wurden auch zwei aktuelle Modelle – Flexicurity und Grundeinkommen – vorgestellt.

An der Tagung referierten unter anderen Peter Auer, Internationale Arbeitsorganisation IAO, Genf; Jean-Michel Bonvin, HES-SO Lausanne; Olivier Brunner-Patthey, Bundesamt für Sozialversicherungen, Bern; Daniel Häni und Enno Schmidt, Gründer der „Initiative Grundeinkommen“, Basel; Martin Kronauer, Fachhochschule für Wirtschaft, Berlin; Christian Marazzi, SUPSI, Lugano. Die Tagungsleitung hatte Urs Kaegi, Leiter Institut Sozialplanung und Stadtentwicklung der Hochschule für Soziale Arbeit FHNW inne.

Das Fazit dieser Jahrestagung ist durchweg positiv: Dank der Zusammenarbeit mit einer Hochschule und dem Sozialarchiv konnten eine breites Publikum angesprochen und namhafte Referierende gewonnen werden. Verbessert werden müsste aber – unter dem Genderaspekt - die Auswahl der key-notes-Speaker: Referentinnen fehlten leider gänzlich! Zufrieden über die Tagung äusserten sich neben den Kooperationspartnern auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Besonderes Lob erhielten die fachlich hochstehenden Referate.

Urs Kaegi, Vorstandsmitglied

E. Aufnahme in die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW)

Nebst diversen Vorträgen des Präsidenten zu Fragen der integrierten Gesundheitsversorgung im In- und Ausland ist von den Aktivitäten der SVSP vor allem das im April 2007 gestellte Gesuch zur Aufnahme in die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) hier zu erwähnen. Dieses Gesuch wurde von der SAGW im Verlaufe des Berichtsjahres in mehreren Schritten geprüft. Hier sei nun aufgrund der Aktualität bereits ein Blick ins 2008 erlaubt: Im Januar 2008 ist der Vorstand der SAGW dem Antrag seines Ausschusses einstimmig gefolgt und hat die SVSP als ordentliches Mitglied in die SAGW aufgenommen.

Der Vorstand ist überzeugt, dass die SVSP mit diesem Beitritt zur SAGW einen wertvollen Beitrag zur Vernetzung und Förderung auf dem Gebiet der geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen und damit auch zur Weiterentwicklung von Gesellschaft und Staat zu leisten vermag. Die SVSP freut sich darauf, mit ihrem Know-how und Engagement die Vernetzung in der Wissensgemeinschaft zu verstärken. Die Mitglieder der SVSP aus Wissenschaft und Praxis sind herzlich eingeladen, sich dabei mit ihrem vielfältigen Wissen und ihrer reichen Erfahrung einzubringen.

Erwin Carigiet, Präsident, Jean-Michel Bonvin, Vorstandsmitglied

Zürich/Bern, März 2008